

25. Sitzung des Bundesrates vom 1. April 1952.

Vorsitz: Herr Bundespräsident Dr. Kobelt.

Abwesend: niemand.

Schriftführer: HH. BK. Oser und VK. Weber.

Protokolle: Das Protokoll der 21. Sitzung wird genehmigt.

Beginn: 09.00 Uhr.

Schluss: 11.20 Uhr.

Landwirtschaftsgesetz. Ergebnis der Volksabstimmung.

Der Herr Bundespräsident gibt seiner Freude über die Annahme der Vorlage Ausdruck.

Herr Etter: Herr a. Bundesrat von Steiger wollte als Präsident des Aktionskomitees danken für den Einsatz des Bundesrates in dieser Campagne. Resultat wäre sonst nicht so gut herausgekommen.

Herr Petitpierre: Das Auftreten von Bundesräten am Radio ist kritisiert worden. Im Journal de Genève erschien eine solche Kritik.

Herr Etter: Ob sich Bundesrat einsetzt oder nicht, es wird auf alle Fälle geschimpft. Bei Rüstungsfinanzierung und Vorlagen von nationaler Bedeutung ist es Pflicht des Bundesrates, sich einzusetzen. Bei Vorlagen ohne nationale Bedeutung soll er sich zurückhalten.

Herr Feldmann: Man muss auseinanderhalten das Mitmachen im Abstimmungskampf und das Sprechen am Radio. Heutige Regelung der Radiopropaganda befriedigt nicht. Bürger hat das Gefühl, das Radio sei eine amtliche Einrichtung und das Prinzip der Waffengleichheit scheint ihm am Radio verletzt. Man sollte die Frage in einem Radiogesetz ordnen. Bundesrat sollte bei Vorlagen am Radio reden dürfen bei denen 9/10 der Räte für die Vorlage waren, bei denen er einstimmig ist und einstimmig dafür ist, dass am Radio gesprochen wird.

Herr Weber: Dass Mitglieder des Bundesrates in einem Abstimmungskampf reden können, scheint mir selbstverständlich. Wir gehen viel weniger weit als andere Staaten. Es ist unbedenklich, wenn andere auch reden können. Wie ist es aber mit PdA, soll sie auch am Radio reden und auch am Runden Tisch?

Herr Etter: Wie wir uns bei der PdA-Initiative und der Friedensopferinitiative verhalten sollen, ist ein Problem. Dass Frage solche Bedeutung für das Land und die Finanzen hat, dass ein Bundesrat reden sollte scheint mit klar. Delikat ist die Frage dort, wo der Bundesrat selbst in einer Frage nicht einig ist. Ueber die Zweckmässigkeit einer Bestimmung, wie sie Herr Feldmann vorschlägt, wird man noch sprechen müssen.

Herr Rubattel: Es handelt sich um Ermessensfragen. Wir haben beim Landwirtschaftsgesetz genau das gesagt, um was es geht und nur Uebertreibungen der Gegner zurückgewiesen. Warum sollen wir schlechter da stehn als irgend ein Bürger oder sogar die Gegner einer Vorlage. Lästig ist grosse Zahl der Abstimmungen in diesem Jahr.

Herr Kobelt: Standpunkt des Bundesrates muss vom jeweiligen Redner des Rates objektiv zum Ausdruck gebracht werden.



Herr Etter: Am Runden Tisch wäre die PdA glänzend zu schlagen. Sie verlangt immer höhere soziale Leistungen und will dem Bund die Mittel für seine Aufgaben verweigern, während gerade die Zahlen der Umsatzsteuern in den kommunistischen Ländern frappant sind. Wir müssen uns die Frage der Radiopropaganda bei dieser Abstimmung noch überlegen. Volk wird natürlich dagegen sein, dass die PdA am Radio sprechen kann.

Herr Bundespräsident: Wir sollten von Fall zu Fall entscheiden. In nächster Sitzung die Frage der PdA-Initiative.

Bericht über den Aufenthalt von Herrn Petitpierre in Paris.

Herr Petitpierre orientiert über die verschiedenen Aussprachen, die er mit Vertretern anderer Staaten hatte.

Was Europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit betrifft, so bestand ein Plan der Engländer sie der NATO anzuschliessen. Ich erklärte, dass Schweiz, wenn direkte Verbindung bestehe, nicht mehr mitmachen könnte. Standpunkt der Schweiz ist verstanden worden. In Vollversammlung haben Schumacher und Blücher erklärt, dass sie wünschen, dass die neutralen Staaten auch der Organisation angehören können. Es wurde keine einzige politische, sondern nur wirtschaftliche Fragen aufgeworfen. Auch neue amerikanische Delegierte waren in ihrer Haltung einwandfrei.

Organisation hat in Zukunft noch sehr viele Aufgaben. Herr Petitpierre erwähnt das Problem der Kohlenförderung, der Ausdehnung der Produktion, die Herstellung des inneren finanziellen Gleichgewichtes vor allem in Grossbritannien und in Frankreich.

Heikelste Frage ist diejenige der Kapitalerhöhung für die OECE. Mit Erhöhung um 200 Mio Dollars alles einverstanden. Man ist aber nicht einverstanden darüber, wer das Geld aufbringen soll.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Lage noch undurchsichtig ist, dass alle Probleme sehr offen behandelt wurden, dass man gezwungen sein wird, während einer gewissen Zeit Gelegenheitslösungen zu treffen. Die Verhandlungen haben die Notwendigkeit unserer Zugehörigkeit zur OECE bewiesen vom wirtschaftlichen Standpunkt aus.

Was die Einzelbesprechungen betrifft, so konnten bei den Einschränkungen, denen unser Handel mit England und Frankreich unterworfen ist, gewisse Zusicherungen erhalten werden; unser Minister in England wird als sehr gut orientierter Diplomat betrachtet; mit Schweden gesprochen über das Problem der Kriegsmateriallieferungen durch USA und über ihre Stellung zum Europarat; mit den Italienern über den Montblanctunnel und die Matterhornbahn. Da sich hauptsächlich die Amerikaner für die letztere interessieren, sollte bei den Militärinstanzen interveniert werden, damit sie nicht kommt.

Herr Bundespräsident: Matterhorn wird als Stützpunkt für die Flugpeilung betrachtet. Für uns eine delikate Angelegenheit.

Herr Petitpierre: Rechtlich nicht viel zu machen. Es wird schwer sein, mit europäischen Armeekdo. zu reden.

Herr Etter: Ich werde einmal so en passant mit Herrn Minister Reale darüber reden.

Herr Rubattel: Werden gewisse Reformen bei der OECE durchgeführt?

Herr Petitpierre: Man hat davon gesprochen. Eine Aenderung der Proportion zwischen den einzelnen Ländern scheint mir ausgeschlossen. Wir könnten vielleicht gewisse Vorschläge für eine Reorganisation machen und dabei eine gewisse Rolle spielen.

Gesandtschaft in Japan.

Herr Petitpierre: Wir müssen an die Wiedereröffnung unserer Gesandtschaft in Tokio denken. Ich habe an Minister Kohli gedacht. Es ist ein jetzt politisch, später auch wirtschaftlich interessanter Posten. Als Ersatz für Kohli Wagnière.

Einverstanden. Schriftlicher Antrag folgt.

Wissenschaftler der Atomenergie. Tagung in der Schweiz.

Herr Petitpierre: Herr Prof. Scherrer hat mir geschrieben, dass eine Gelehrtenvereinigung vorwiegend kommunistisch orientiert ist, in der Schweiz eine Sitzung abhalten ~~wäre~~ zur Behandlung von Problemen der persönlichen Stellung der Mitglieder. An der Spitze steht der franz. Kommunist Joliot-Curie. England soll Visa verweigert haben.

Für diesen Fall könnte man ja sagen. Es handelt sich um private Sitzung von 20 Mitgliedern. Man könnte gewisse Bedingungen stellen, wie Verbot politischer Propaganda, Prüfung der Einzelvisa, Bedingungen betr. die empfangende Organisation in der Schweiz etc. Wir sollten uns in diesen Fällen etwas nuanciert verhalten.

Herr Feldmann: Die Bedingungen scheinen mir gut überlegt, namentlich was die individuelle Prüfung der Gesuche betrifft.

Herr Etter: Es macht mir doch gewisse Bedenken, dass die Visa ~~von~~ England abgelehnt wurden. Wie stehen die englischen und amerikanischen Wissenschaftler, die dieser Vereinigung angehören, mit ihren Regierungen?

Herr Petitpierre: Die Angelegenheit ist delikater, aber wir können auch nicht einfach die englische Politik nachahmen.

Herr Etter: Wohnen die englischen und amerikanischen Wissenschaftler noch in ihren Ländern oder wurden sie von dort ausgewiesen?

Herr Petitpierre: Es sind Professoren, die ihren Ländern gute Dienste geleistet haben.

Herr Bundespräsident: Warum können sie ihre Tagung nicht in Frankreich abhalten?

Herr Weber: Unangenehm würde es, wenn PdA die Sache ausnützen würde. Verantwortung müssten die Schweizer übernehmen, die die Veranstaltung organisieren.

Herr Petitpierre: Prof. Scherrer selbst ist eher dagegen.

Herr Escher: Ich glaube nicht, dass man eine solche Tagung geheim halten könnte. Wir hatten Schwierigkeiten, einem ehemaligen deutschen Nazi, der heute offizieller Delegierter seines Landes für

- Eisenbahnfragen ist, in die Schweiz zu lassen, um als deutscher Delegierter an einer internationalen Konferenz mit Zustimmung der Alliierten mitzuwirken. So müssten wir mit heftiger Kritik rechnen, wenn wir hier noch larger wären.

Herr Etter: Auf dem Gebiete der Atomforschung sind die Amerikaner sehr empfindlich. Das könnte auf sie unangenehm wirken.

Herr Petitpierre: Ich möchte nochmals betonen, dass die Tagung keine politischen, sondern rein soziale Zwecke gegenüber den Mitgliedern des Professorenkollegiums verfolgt.

Herr Bundespräsident: Wir wollen uns Sache nochmals überlegen und in nächster Sitzung behandeln.

Bundeskanzlei. Lagerräume für die EDMZ.

Herr Weber: In Zollikofen ist ein Lagerhaus ausgeschrieben. BK sollte prüfen, ob nicht so etwas profitabel wäre.

Politisches Departement. Geschäftsbericht.

Herr Bundespräsident: Man sollte noch den Bericht über die Waffenausfuhr überprüfen und schauen, dass er mit dem übereinstimmt, was das EMD darüber geschrieben hat.

Politisches und EMD werden Angelegenheit noch miteinander prüfen.

Teilnahme an Gedenkfeierlichkeiten für den englischen König.

Die englische Gesandtschaft dankt für die Teilnahme an der Gedenkfeier.

Memoiren von General Guisan.

Herr Petitpierre: Ich wurde angefragt, ob ich Vorwort zu den Memoiren schreiben wolle. Es handelt sich um einen Verleger, den ich kenne. Ich denke, wir sollten uns nicht einmischen.

Herr Bundespräsident: Es handelt sich um eine rein private Angelegenheit.

Herr Rubattel: Wir sollten vielleicht gewisse Vorsichtsmassnahmen treffen und den General bitten, mit dem Politischen Departement vorher Fühlung zu nehmen.

Herr Petitpierre: Ich war schon so manchmal gezwungen, dem General zu bremsen. Gewisse Sachen, über die er berichten könnte, sind nicht sehr opportun.

Herr Etter: Ich bin eher für bremsen.

Dîner diplomatique.

Es wird beschlossen, zu versuchen eine Festlegung auf den 10. Mai zu erreichen oder dann auf den 7. oder 9. Mai.

Gesetz über die Seeschifffahrt unter Schweizerflagge.

Herr Petitpierre: Kommission für dieses Gesetz will nach Rotterdam reisen. Es soll schon einmal eine Kommission eine solche Reise gemacht haben. Sollen wir sagen, Bundesrat ist dagegen, oder wir zahlen Tagelder aber keine Reisespesen?

Herr Escher: Wir sollten uns energisch widersetzen. Das gibt unangenehme Kritik in der Öffentlichkeit. Bei der Frage der Rheinregulierung ist einmal eine Kommission bis nach Strassburg gegangen mit dem Postauto. Das wurde auch stark kritisiert. Wenn Kommission das machen will, soll sie es auf eigene Verantwortung tun.

Herr Bundespräsident: Wir sollten klar und deutlich sagen, vom Bundesrat aus halten wir solche Reisen für übertrieben.

Herr Feldmann: Wir könnten sie auf Artikel 52 des nationalrätlichen Geschäfts-Reglementes aufmerksam machen. "Die Kommissionsreisen sind auf das Notwendigste zu beschränken".

Herr Bundespräsident: Herr Petitpierre soll den ablehnenden Standpunkt nochmals geltend machen.

Herr Petitpierre: Ich habe es abgelehnt, teilzunehmen.

Lohnverhandlungen im Baugewerbe.

Herr Rubattel: Der Gesamtarbeitsvertrag wurde gekündigt. Arbeiter verlangen vermehrte Teuerungszulagen. Heute Sitzung in Zürich. Wenn keine Einigung, tritt Einigungskonferenz zusammen. Werde noch berichten über das Ergebnis.

Verlängerung der Preiskontrolle.

Herr Rubattel: Sehr unangenehme Sache. Ich werde Ihnen noch Unterlagen schicken, damit wir am Freitag darüber reden können.

Tabakkontingentierung.

Herr Weber: Die Tabakindustrie hat angefragt, ob wir nicht erklären könnten, dass wir von der Kontingentierung keinen Gebrauch machen. Dann würden sie auf ein Referendum verzichten.

Justiz- und Polizeidepartement soll Frage prüfen. Wir können uns m.E. nicht in das Referendum einmischen.

Man verlangt von uns die erwähnte Erklärung, weil sich jetzt die Firmen auf einmal selber gefunden haben. Was geschieht nun aber, wenn die private Kontingentierung wegfällt? Können wir uns auch für einen künftigen Bundesrat verpflichten?

Herr Feldmann: macht aufmerksam auf Art. 102, Abs. 2, der BV. Wir können über Vollziehung oder Nichtvollziehung von Gesetzen nicht mit einem Referendumskomitee verhandeln.

Herr Weber: Verhandlungspartner ist die Tabakindustrie. Können wir ihr gegenüber eine Erklärung abgeben?

Herr Weber überreicht das Schreiben des Tabakindustriellen Herrn Feldmann.

- 6 -

Bundesanleihen.

Herr Weber: Es soll Mitte April aufgelegt werden. BR sollte in der nächsten Sitzung darüber Beschluss fassen. Antrag sollte am Freitag behandelt werden. Suval hätte gerne dem Bund einen grösseren Betrag zur Verfügung gestellt.

Vorlage kommt für nächste Sitzung.

Teilnahme von Beamten an Stapelläufen.

Herr Petitpierre erklärt, mit den Abänderungsvorschlägen des EVD einverstanden zu sein.

Angriff Léon Nicole auf Bundesrat Feldmann.

Herr Weber: Soll man gegen den Angriff Nicoles nichts unternehmen?

Herr Feldmann: Nicole hat mich in einer Hetzversammlung angegriffen. In der voix ouvrière beginnt man Einzelheiten darüber zu vernehmen. Unser Telephondienst stellt fest, dass Verwirrung in der PdA immer noch steigt. Es ist für mich gar nicht interessant, da zu intervenieren. Wenn es Zeit ist, sich zu wehren, werde ich mit den Einzelheiten herausrücken. Reflex in der Presse ist nicht ungünstig. Sollte Sache so weit getrieben werden, dass rechtliche Massnahmen ergriffen werden müssen, so werde ich das tun. Vorher lasse ich mich auch durch Artikel der Tat nicht verleiten etwas zu tun.

Luftschutzräume in bestehenden Gebäuden.

Herr Bundespräsident konstatiert, dass trotz der wesentlichen Entlastung, die für Mieter und Hauseigentümer getroffen wurden, die Sozialdemokratische Partei das Referendum ergriffen hat mit der Begründung, die Kosten soll der Bund tragen. Bedauerlich ist vor allem wieder die Verzögerung und die neuen Lasten, die dem Bund aufgebürdet werden sollen.

Fussball- und Athletikverband. Fussballweltmeisterschaften 1954.

Herr Bundespräsident: 1954 soll die Weltmeisterschaft in der Schweiz ausgetragen werden zwischen den 16 besten Mannschaften. Dauer 3 Wochen in Bern, Basel, Genf, Lausanne, Zürich und Lugano, in der zweiten Hälfte Juni und 1. Hälfte Juli. Gute Propaganda für Schweizer Touristik. 200 000 Hotelnächte. Weltkongress wegen 50-jährigem Jubiläum. Bundespräsident Kobelt ist ersucht worden, die Verbindung herzustellen mit den verschiedenen Bundesinstanzen. Keine Subvention. Für Deckung der hohen Flugkosten Ausgabe einer Sonderbriefmarke. Wir haben Interesse, möglichst vorteilhafte Offerte zu machen, damit nicht andere Staaten uns zuvorkommen. Auch die Swissair ist interessiert.

Beschluss: Herr Bundespräsident wird die Zusammenkunft mit den Bundesinstanzen vermitteln. Herr Escher wird die touristische und verkehrspolitische Seite des Problems prüfen.

Endspiel um den Schweizercup.

Diese Veranstaltung findet statt am 14. April auf dem Sportplatz Wankdorf. Abgeordnet wird auf seinen Wunsch Herr Weber.